



Militäroperationen in Gaza unverzüglich einstellen

Das Europäische Parlament zeigt sich "zutiefst empört" über die israelische Militäroperation in Beit Hanun und in Gaza. Der Einsatz "unverhältnismäßiger" Maßnahmen beeinträchtigt alle Versuche, den Friedensprozess in Gang zu bringen. Die palästinensischen Milizen müssten den Abschuss von Raketen auf israelisches Territorium, der wahllos erfolgt und bewusst auf Zivilisten zielt, stoppen, den Waffenstillstand einhalten und auf eine weitere Eskalation des Konflikts verzichten.

Die israelische Regierung wird aufgefordert, ihre militärischen Operationen in Gaza "unverzüglich" einzustellen. Es gebe keine militärische Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Der jüngste Angriff in Sderot und die Tötung unschuldiger israelischer Zivilisten werden verurteilt.

Tief besorgt zeigen sich die Abgeordneten über die "möglichen schwerwiegenden Konsequenzen der derzeitigen Krise", einschließlich weiterer militärischer und terroristischer Angriffe, die die fragile politische Lage in der gesamten Region untergraben. Sie bedauern auch, dass die internationale Gemeinschaft "keine starke und klare politische Position zu der gegenwärtigen Krise bezieht".

Multinationale Truppe und internationale Militärbeobachter

Das EP wiederholt seinen Vorschlag, die Anwesenheit einer multinationalen Truppe im Libanon als Beispiel für Gaza und das Westjordanland zu nehmen, um die Zivilbevölkerung auf beiden Seiten zu schützen. Den Ministerrat ersuchen sie, unterdessen eine Initiative zu ergreifen, um internationale Militärbeobachter nach Gaza zu entsenden. Alle Beteiligten werden aufgefordert, einen solchen Vorschlag zu unterstützen und vollständig an seiner Umsetzung mitzuwirken.

Uneingeschränkte Umsetzung Roadmap - USA sollen ihre Rolle überdenken

Das Parlament ersucht das Nahost-Quartett (UN, EU, USA und Russland), sich unverzüglich für die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit und zwischen den Beteiligten und für eine "uneingeschränkte Umsetzung" aller Teile der „Roadmap“ einzusetzen. Die Beilegung des Nahost-Konflikts sei nur möglich auf der Grundlage der Existenz von zwei demokratischen, souveränen und lebensfähigen Staaten, die friedlich Seite an Seite innerhalb sicherer und anerkannter internationaler Grenzen leben. Die Regierung der Vereinigten Staaten müsse ihre Rolle im Quartett und im israelisch-palästinensischen Konflikt "überdenken", um auf ein Ende der Gewalt sowie einen erneuten und echten Dialog zwischen den beteiligten Parteien hinzuwirken.

Der Ministerrat müsse unverzüglich den Assoziationsrat EU-Israel einberufen, um den Standpunkt der EU nach den militärischen Operationen Israels in Gaza zum Ausdruck

zu bringen.

Kontakt :

Andreas KLEINER

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (0032-2) 28 32266

STR: (0033-3) 881 72336

Gabriele FELSTERL

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (0032-2) 28 41027

STR: (0033-3) 881 73782